

Antragsbereich R / **Antrag R1**

AntragstellerInnen: Jusos Oberpfalz

Empfänger: Landeskonferenz

R1: Rechtsextreme Verstrickungen lückenlos aufklären, Waffenrecht reformieren

Lückenlose Aufklärung rechtsextremer

Oberstleutnant Franco Albrecht soll als Bundeswehrsoldat mit seiner Dopp

syrischer Geflüchteter Anschläge in Deutschland geplant haben. Zudem lief

Arbeit seine volkisch-rassistische Gesinnung durchschimmern. Dass Albrecht

der Nordoberpfalz mit einer nicht für die Anlage zugelassenen Waffe schoß

- Punkt in unzähligen Vorkommnissen rund um den Soldaten, die bisher nur

aufgeklärt sind. Hierbei müssen vor allem weitere Personen die

Teil der "Chatgruppe Sud" oder

Mitglieder des Vereins "Uniter e. V." überprüft werden und deren Aktivitäten

den notwendigen Konsequenzen geahndet werden.

Wir fordern dahingehend:Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Bei Betreiber*innen von Schießstätten ist die zuständige Aufsichtsbehörde

Abs. 2 darüber hinaus berechtigt, Betriebsgrundstücke und Geschäftsraum

Betriebs- und Arbeitszeit zur Durchführung von Prüfungen und Besichtigungen von Proben oder der Einsicht in geschäftliche Unterlagen zu betreten. Zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ist dies auch außerhalb der Geschäftszeiten möglich. Auf Verlangen sind nach § 39 Abs. 1 WaffG der zuständigen Behörde Genehmigungen zu erteilen, die für die Durchführung des WaffG erforderlich sind.

Defizite des derzeitigen Waffenrechts und der aktuellen Kontrollpraxis

Bei der Analyse der derzeit geltenden waffenrechtlichen Vorgaben und der Kontrollpraxis sowie vor dem Hintergrund der Aktivitäten von Rechtsextremen im Schießsport offenbaren sich mehrere Defizite, die im Rahmen des WaffG, der AWaffV und der auf dieser Grundlage erfolgenden Kontrollpraxis an Schießstätten und Waffenbesitzer*innen adressiert werden müssen:

Die rechtlichen Vorgaben zur Kontrolle von Schießstätten nach § 39 WaffG,

Unsere Forderungen zur Reform des Waffenrechts und der behördlichen Kontrolle

Wir fordern folgende Reformen des Waffenrechts und der behördlichen Kontrolle